

■ Erbschaftsteuer: Unverdientes Vermögen	2
■ Mitbestimmung: Konzerne – Standorte sicherer mit Betriebsrat	3
■ Verteilung: Mehr Reiche und mehr Arme	4
■ Bildung: Erheblicher Investitionsbedarf	6
■ Gesundheit: Sicherer Job, hohe Lebenserwartung	7
■ TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Schuldenbremse drückt Wachstum

Die Große Koalition möchte der Staatsverschuldung in Zukunft engere Grenzen setzen. Pläne für eine so genannte Schuldenbremse bergen jedoch gravierende Risiken für Wachstum und Beschäftigung, warnt das IMK.*

Anfang des Jahres hat das Bundesfinanzministerium einen Vorschlag für eine Schuldenbremse vorgestellt. Ähnliche Vorstöße gibt es aus Politik und Wissenschaft. Zentrales Ziel aller Modelle: Die öffentlichen Haushalte sollen über den Konjunkturzyklus hinweg annähernd ausgeglichen sein. Allerdings sind gewisse Abweichungen entsprechend der konjunkturellen Lage besonders im jüngsten Konzept der SPD-Fraktion möglich. Für ein Großteil der Vorschläge gilt jedoch: Sie würden einer prozyklischen Finanzpolitik Vorschub leisten, so die Forscher des IMK. Das heißt: Befände sich die Wirtschaft bereits im Abschwung, würde die so erzwungene Ausgabenbegrenzung die Abwärtsbewegung noch verstärken. Umgekehrt lässt die Schuldenbremse im Aufschwung einen zu großen Spielraum für Mehrausgaben und verzögert damit die Haushaltskonsolidierung.

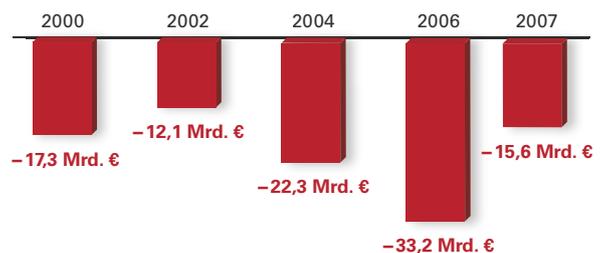
Um die Effekte des Vorschlags aus dem Finanzministerium genauer beurteilen zu können, hat das IMK die Einführung einer Schuldenbremse im Jahr 2000 mit seinem makroökonomischen Modell durchgespielt. Die Ergebnisse sind eindeutig: Das Bruttoinlandsprodukt wäre in den Jahren 2000 bis 2007 um bis zu zwei Prozent niedriger ausgefallen – selbst dann, wenn sich nur der Bund an diesen Grenzen orientiert hätte. Das Beschäftigungsniveau hätte zeitweise um über 500.000 Personen niedriger gelegen. Noch größer wären die Einschnitte gewesen, wenn die Bremse auch für die Länder gegolten hätte. Die schwächere Wirtschaftsentwicklung führt wiederum zu weniger Staatseinnahmen. Damit wäre ein nennenswerter Teil der angestrebten geringeren Nettokreditaufnahme wieder zunichte gemacht.

Dabei ist eine solche Regel gar nicht nötig, um die Staatsfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, konstatieren die Forscher. „Die letzten Jahre zeigen eindrucksvoll, dass eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch ohne Schuldenbremse möglich ist.“ In der Diskussion um Staatsschulden werde immer wieder die enge, teilweise wechselseitige Abhängigkeit zwischen Konjunktur und Staatsfinanzen „vergessen“. Notwendige Voraussetzung für einen ausgeglichenen Haushalt sei ein Konjunkturaufschwung. Um prozy-

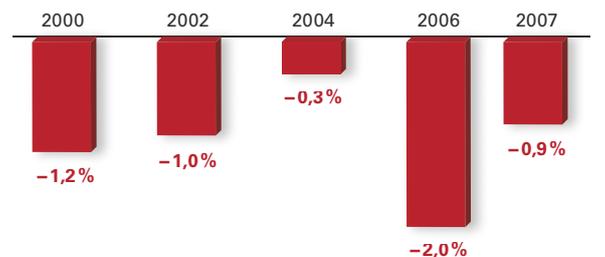
Bremsspuren beim Sparen

Wenn die vom Finanzministerium geplante Schuldenbremse bereits seit 2000 angewendet worden wäre, hätte dies den Status quo so verändert...

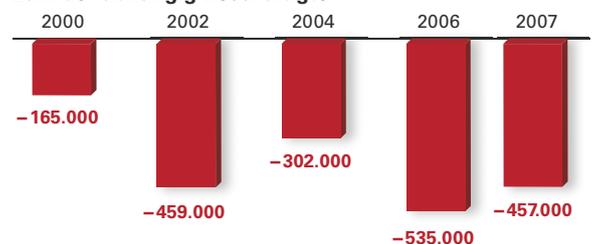
Erlaubte Nettokreditaufnahme des Bundes



Reales Bruttoinlandsprodukt



Zahl der abhängig Beschäftigten



Quelle: IMK 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

klisch wirkende Effekte zu vermeiden, schlägt das IMK ein anderes Konzept vor: den mittelfristigen, am Trend des Wirtschaftswachstums orientierten Ausgabenpfad. ◀

* Quelle: Gustav A. Horn, Torsten Niechoj, Christian R. Proaño, Achim Truger, Dieter Vesper, Rudolf Zwiener: Die Schuldenbremse – eine Wachstumsbremse?, IMK Report Nr. 29 Juni 2008
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Unverdientes Vermögen

Gegenwärtig werden die in den Nachkriegsjahren entstandenen Vermögen vererbt. Das verstärkt die soziale Ungleichheit – und dennoch besteuert der Staat Erbschaften geringer als Arbeitseinkommen.

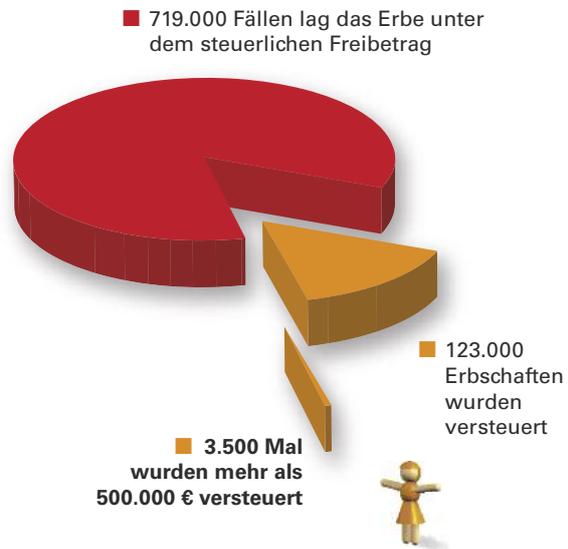
Seit den 80er-Jahren nimmt in den westlichen Industrieländern die soziale Ungleichheit spürbar zu. Inzwischen besitzt in Deutschland und anderen OECD-Staaten das obere Zehntel der Gesellschaft mehr als 40 Prozent des gesamten Privatvermögens. Jens Beckert, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, hat einen wichtigen Grund für die Verfestigung von Reichtumskonzentration über die Generationen hinweg untersucht: Erbschaften.* Beckert verweist auf die soziale Problematik, wenn „Ungleichverteilung nicht auf individuell zuzuordnendem Erfolg oder der Leistung der Vermögensbesitzer beruht, sondern durch Erbschaft unverdient erlangt wurde“. Das widerspreche der Legitimation sozialer Ungleichheit in Leistungsgesellschaften. Aus diesem Grund hält Beckert eine höhere Erbschaftsteuer für sinnvoll. „Es ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel, zumindest extremen Formen sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken“, schreibt der Wirtschaftssoziologe.

Die Erbschaftsteuer reduziert die Progression. Die Erbschaftsteuer sei gut zu rechtfertigen in Gesellschaften, die sich als Leistungsgesellschaft verstehen. „Mit der Erbschaftsteuer wird niemandem etwas entzogen, sondern lediglich ein leistungsfrei entstandener Zugewinn geschmälert“, so Beckert. Dennoch ist die Erbschaftsteuer in Deutschland eine schwache Steuer. Nach einer vorsichtigen Schätzung werden jährlich etwa 75 Milliarden Euro vererbt. Die Finanzämter erhalten jedoch nur etwa 4 Milliarden Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer. Das entspricht einer effektiven Belastung von fünf Prozent – der Steuer-Anteil überschreitet also kaum die Verzinsung eines Jahres. „Mit der Besteuerung von Tabak nimmt der Staat fast das Vierfache von dem ein, was aus Erbschaften an den Fiskus abgeführt wird“, so Beckert. Für Ehepartner, Kinder und Enkel liegt die Progression deutlich niedriger als in der Einkommensteuer: Bei der Erbschaftsteuer beträgt der Spitzensteuersatz 30 Prozent, bei der Einkommensteuer bis zu 45 Prozent plus Solidarzuschlag. Das heißt: „Die Erbschaftsteuer trägt demnach nicht zur Steigerung der Progression im Steuersystem bei, sondern reduziert diese.“

Um gezielter nach Leistungsfähigkeit zu besteuern, empfiehlt Beckert, einem Vorschlag des Finanzwissenschaftlers Stefan Homburg zu folgen. Homburg regt an, Erbschaften und Schenkungen bei der Einkommensteuer zu erfassen. Das entspricht der Steuer-Systematik, weil der Nachlass für den Erben ein zusätzliches Einkommen darstellt. Außerdem würde dann der Erbe nicht vor jenem bevorzugt, der sich Einkommen erarbeitet. Beckert schlägt einen Freibetrag von 60.000 Euro vor, ab dieser Schwelle würde sich das Erbe in die Einkommensteuer einfügen und der Steuerprogression unterworfen. Wird dieses Konzept umgesetzt, läge das Erbschaftsteueraufkommen bei ungefähr 7 Milliarden Euro, also knapp dem Doppelten der gegenwärtigen Einnahmen.

Erbschaften: Steuern fallen nur selten an

2002 starben in Deutschland 842.000 Personen, in ...



Quelle: Beckert 2007, Bundesamt für Statistik 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Der Umgang mit vererbtem Eigentum ist emotional aufgeladen. Darum beleuchtet der Direktor des MPI auch die Gegenargumente. So neigen Gegner der Erbschaftsteuer dazu, Eigentum nicht einem Individuum zuzuordnen, sondern einer Familie oder Sippe, analysiert der Soziologe. Beckert zufolge ist das wenig zeitgemäß: „Diese familienbezogenen Argumente spiegeln teilweise ein vormodernes Familien- und Eigentumsverständnis.“ Zudem trifft – was viele nicht wissen – die Steuer die meisten Erben nicht. Geht man von zwei Erben bei jedem Todesfall aus, so ist nur eine von 13 Erbschaften steuerpflichtig. In Deutschland kam es 2002 zu etwa 123.000 steuerpflichtigen Erbschaftsfällen.

Schwächt die Erbschaftsteuer das Erwerbsstreben, weil eine Generation für die nächste etwas aufbauen will? Die Empirie für diese These ist nur schwach. Beckert weist auf die Kehrseite des Arguments hin: Vererben führt auch oft zu einem Mangel an Antrieb in der Erbengeneration. „Weshalb sollen sich dauerhaft versorgte Erben selbst noch anstrengen?“ fragt der Soziologe. Zudem wird bei der Vererbung von Betriebsvermögen das gesellschaftliche Interesse an der Fortführung des Betriebs vorgebracht. Doch bei Kapitalgesellschaften kann die Steuerlast aus dem Verkauf von Betriebsanteilen erzielt werden. „Die Kreditaufnahme zum Zweck der Begleichung von Erbschaftsteuern ist für die Erben zwar unangenehm, gefährdet den Fortbestand des Unternehmens aber nicht.“ Es sei kein Unternehmen bekannt, das aufgrund von Erbschaftsteuerforderungen nicht fortgeführt worden wäre, und das dürfte sich kaum ändern, wenn der Vorschlag von Homburg und Beckert umgesetzt würde. Vom Erbschaftsteueraufkommen von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 2002 stammten weniger als 300 Millionen Euro aus der Besteuerung von Betriebsvermögen. ◀

* Quelle: Jens Beckert: Wie viel Erbschaftsteuern? Working Paper des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 2007
Download und Quelledetail: www.boecklerimpuls.de

Konzerne: Standorte sicherer mit Betriebsrat

Betriebe mit Betriebsrat werden seltener geschlossen als solche ohne. Das gilt zumindest dann, wenn der Betrieb Teil eines größeren Konzerns ist. So das Ergebnis einer Studie der Leibniz Universität Hannover.*

Können Betriebsräte zum Erhalt eines Unternehmens beitragen? Unter anderem mit dieser Frage beschäftigte sich der Ökonom Uwe Jirjahn in seinem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt. Auf Basis des Hannoveraner Firmenpanels untersuchte er eingehend die Arbeitsmarkteffekte betrieblicher Mitbestimmung.

Der Datensatz fußt auf der Befragung von etwa 1.000 niedersächsischen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit mindestens fünf Beschäftigten. Die Effekte von Betriebsräten hängen von den betrieblichen Rahmenbedingungen ab, zeigt die Auswertung der Daten. Es sei entscheidend, „zwischen Einzelbetrieben und solchen Betrieben zu unterscheiden, die zu Mehrbetriebsunternehmen gehören“, so der Ökonom.

► Betriebsrat schafft Vertrauen

Bei letzteren kann ein Betriebsrat die Überlebenswahrscheinlichkeit des Betriebs erhöhen. Verfügt ein Konzernteil über eine Arbeitnehmervertretung, ist die Wahrscheinlichkeit der Schließung um sieben Prozentpunkte geringer. Dieser Einfluss ist statistisch signifikant und auch quantitativ bedeutsam. Jirjahn schließt daraus, „dass Betriebsräten bei diesem Betriebstyp eine besonders ausgeprägte Rolle als vertrauensbildende Institution zukommt“.

Denn für die Beschäftigten sind nicht nur die Pläne des Managements ihres Betriebs wichtig, sondern auch die anderer Standorte. „Ein Betriebsrat kann Entscheidungen transparenter machen und Einfluss auf Entscheidungen innerhalb des Unternehmens ausüben“, so der Wissenschaftler. Das erhöhe das Vertrauen sowie die betriebliche Leistungsfähigkeit – und verringere damit die Wahrscheinlichkeit einer Schließung. Besonders gut sind die Chancen, wenn ein Gesamtbetriebsrat die lokalen Betriebsräte koordiniert.

Ein weiteres Ergebnis: Betriebliche Mitbestimmung verringert die Wahrscheinlichkeit einer Schließung besonders in einer wirtschaftlich ungünstigen Situation – also bei Kurzarbeit oder wenn sich der Betrieb einer hohen Importkonkurrenz ausgesetzt sieht. Letzteres ist definiert als der Anteil des Umsatzes ausländischer Unternehmen am Gesamtumsatz in der Branche.

Steigt dieser Anteil an, sinkt die Wahrscheinlichkeit des Unternehmenserhalts ohne betriebliche Mitbestimmung um sieben Prozent, mit nur um drei Prozent. Wenn die Gehälter eine Zeitlang von der Arbeitsagentur kommen, geht der Effekt in die gleiche Richtung. „Gerade in einer schwierigen Situation kann der Betriebsrat die Kooperations- und Konzessionsbereitschaft der Belegschaft fördern, die für das Überleben des Betriebs wichtig ist“, folgert Jirjahn.

Bei Einzelbetrieben ohne Konzernzugehörigkeit ist das Bild komplexer: Hier kann sich ein Betriebsrat negativ auf den Unternehmenserhalt auswirken – allerdings nur, wenn der Betrieb nicht an einen Tarifvertrag gebunden ist. Die

Wahrscheinlichkeit einer Schließung ist höher, wenn die Beschäftigten nicht nach Tarif bezahlt werden. „Dieses Ergebnis könnte dadurch zustande kommen, dass Betriebsräte in diesen Betrieben eine relativ schwache Stellung haben, was langwierige und kontraproduktive Konflikte mit dem Management zur Folge hat“, lautet die Erklärung des Ökonomen. Diese wiederum vermindern die Wahrscheinlichkeit des Unternehmenserhalts.

Kritiker des deutschen Systems der Flächentarifverträge schlagen zuweilen vor, Betriebsräten bei Entgeltverhandlungen mehr Kompetenzen zu geben. „Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass dies kontraproduktiv wirken kann“, erklärt Jirjahn. Denn wenn die Einzelbetriebe der Tarifbindung unterliegen, lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Existenz von Betriebsräten und Betriebsschließungen finden. Die Arbeitnehmervertreter befinden sich in einer stärkeren Position: Verteilungskonflikte auf betrieblicher Ebene sind gerin-

Größere Überlebenschancen mit Betriebsrat

Möglicher Beitrag des Betriebsrats gegen die Schließung eines Unternehmens

Unternehmenstyp	Wirkung	Erklärung
Betrieb ist Teil eines Konzerns		BR schafft Vertrauen, fördert Kooperation
Einzelbetrieb mit Tarifbindung		BR ist gestärkt; weniger Verteilungskonflikte
Einzelbetrieb ohne Tarifbindung		BR relativ schwach; mehr Verteilungskonflikte

Datenbasis Hannoveraner Firmenpanel, 1.000 befragte Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit mindestens 5 Beschäftigten; Quelle: Jirjahn 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

ger. Der Betriebsrat erhält eventuell auch mehr gewerkschaftliche Unterstützung. „Das spricht dafür, dass Flächentarifverträge gerade für die Funktionsfähigkeit betrieblicher Mitbestimmung in Einzelbetrieben eine wichtige Rolle spielen“, so der Forscher. ◀

* Quelle: Uwe Jirjahn: Works Councils and the Closure of Establishments: German Evidence, Leibniz Universität Hannover, März 2008; ders.: Betriebsräte und betriebliche Beschäftigungsentwicklung, Forschungsprojekt gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, Abschlussbericht, Hannover, Mai 2008
Download und Quelledetails www.boecklerimpuls.de

Mehr Reiche und mehr Arme

Das Arbeits- und Sozialministerium hat einen Entwurf des dritten Armuts- und Reichtumsberichts für Deutschland vorgelegt.* Im Kern dokumentiert er die gleiche Tendenz wie schon die Berichte von 2001 und 2005: Die Gesellschaft driftet weiter auseinander.

Die Armut in Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt zugenommen. Ein größerer Teil der Bevölkerung muss sich beim Konsum einschränken. Oft sind mit Armut aber auch geringe Bildungschancen und schlechte Gesundheit verbunden. 1998 galten laut Sozio-oekonomischem Panel 12 Prozent der Bevölkerung als arm, 2005 waren es bereits 18 Prozent. 1998 war jedes zehnte Paar mit Kindern arm, 2005 schon fast jedes fünfte.

Je nach Datenquelle variieren die errechneten Armutsquoten etwas (siehe Kasten). Dennoch vermittelt der Berichtsentwurf einen Gesamteindruck von den Lebensverhältnissen in Deutschland und zeigt, wie die Diskrepanz zwischen oberem und unterem Ende der Verteilung gewachsen ist:

Niedrige Einkommen: Von Einkommensarmut betroffen sind besonders Arbeitslose, Ungelernte und Alleinerziehende. In Ostdeutschland ist der Anteil höher als im Westen. Hier stieg die Armutsquote zwischen 1998 und 2005 von 15 auf 22 Prozent, im Westen nahm sie von 11 auf 17 Prozent zu. „Arm“ heißt: Die Betroffenen haben weniger als 60 Prozent des mittleren (bedarfsgewichteten) Nettoeinkommens zur Verfügung. Die steigende Armut „korrespondiert mit einer Zunahme der Abwärtsmobilität aus mittleren Einkommenschichten“, so der Berichtsentwurf.

Die Folgen der vierten Hartz-Reform sind noch nicht erkennbar: Welche Auswirkungen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Einkommensverteilung gehabt habe, lasse sich „nicht zweifelsfrei beantworten“. Positiv hat sich von 1998 bis 2006 die Zahl der Wohnungslosen, die auf der Straße leben, entwickelt: Nach Schätzungen ist sie um knapp 50 Prozent auf rund 18.000 gesunken.

KORREKTUR der gedruckten Ausgabe:
Alleinerziehende mit Kind: 1.143 Euro (NICHT 903 Euro)

Armutschwellen

Die Armutschwellen lagen laut SOEP 2005 für...

■ Alleinstehende	bei**	880 Euro
■ Alleinerziehende mit Kind*		1.143 Euro
■ Paare		1.319 Euro
■ Paare mit einem Kind*		1.583 Euro
■ Paare mit zwei Kindern*		1.847 Euro
■ Paare mit drei Kindern*		2.111 Euro

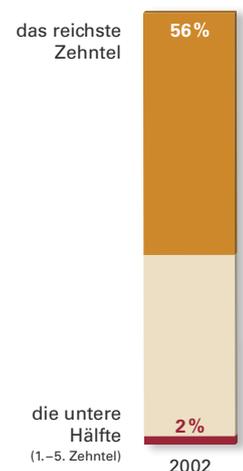
*Kinder unter 14 Jahren; **monatliches Nettoeinkommen
Sozio-oekonomisches Panel, Berechnung Becker 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Hohe Einkommen: 2003 waren sieben Prozent der Bevölkerung der Einkommen- und Verbrauchstichprobe des Statistischen Bundesamtes zufolge „reich“. Das heißt, sie verdienten mindestens das Doppelte des mittleren Einkommens. Ein Alleinstehender musste etwa 3.300 Euro netto im Monat bekommen, um dazuzugehören. Für ein Paar mit zwei Kindern lag die Schwelle bei knapp 6.900 Euro.

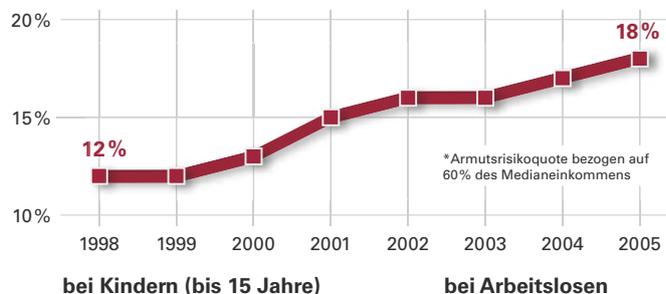
Vermögen und Schulden: Das Vermögen ist in Deutschland noch erheblich ungleicher verteilt als die Einkommen: Das oberste Zehntel vereinte 2002 etwa 56 Prozent aller Vermögen auf sich. Dagegen besaß die untere Hälfte der Bevölkerung gerade 2 Prozent des Gesamtvermögens. Ein erheblicher Teil hat nicht nur kein Vermögen, sondern Schulden. 2003 waren knapp drei Millionen Haushalte überschuldet. Das heißt, ihr Einkommen reichte nicht aus, um Zinsen und

Reich und Arm in Deutschland

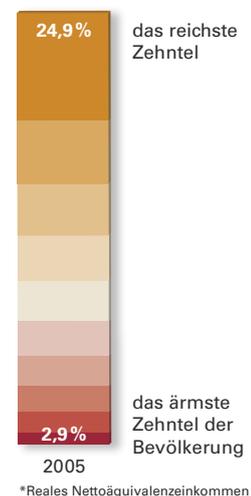
Die privaten Vermögen verteilen sich auf ...



Die Armutsquote* entwickelte sich ... in Deutschland insgesamt



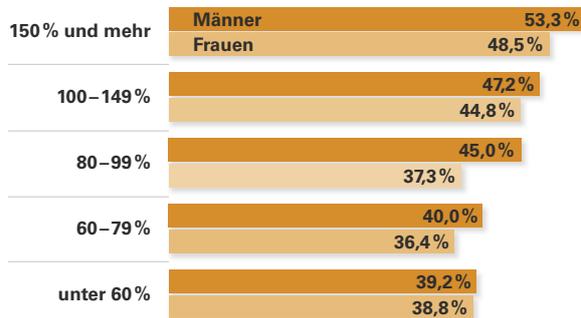
Die Einkommen* verteilen sich auf ...



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1998–2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Einkommensstark und oft gesund

Über eine sehr gute oder gute Gesundheit verfügten 2006 Personen mit einem Einkommen von ...



bezogen auf das mittlere Nettoeinkommen*

* Median des Nettoäquivalenzeinkommens
Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Tilgung ihrer Kredite zu bezahlen. Mietschulden oder Schulden bei Versandhäusern sind in dieser Statistik allerdings nicht erfasst. Bis 2006 sank die Zahl der nach dieser Abgrenzung überschuldeten Haushalte auf 1,6 Millionen.

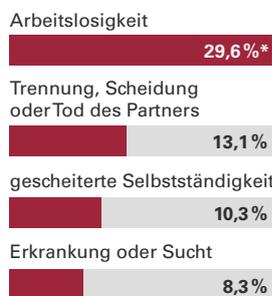
Bildungschancen: Die Europäische Union betrachtet eine abgeschlossene berufliche Ausbildung „als notwendige Mindestqualifikation für eine erfolgreiche Teilhabe in modernen Wissensgesellschaften“. 2006 verfügten gut 16 Prozent der Bevölkerung nicht über einen entsprechenden Abschluss. Die Quote ist seit 1996 sogar um einen halben Prozentpunkt gestiegen.

Zudem weist der Bericht auf die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems hin. So nehmen 83 Prozent der Kinder mit akademisch gebildetem Vater ein Hochschulstudium auf, aber nur 23 Prozent der Kinder von Nicht-Akademikern. Nur jeder fünfte ausländische Jugendliche geht aufs Gymnasium, während fast jeder zweite deutsche diese Schulform besucht.

Gesundheit: „Auch in einem hoch entwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland lässt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage feststellen“, so der Bericht. Beispielsweise haben Männer mit hoher Schulbildung zu 57 Prozent einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand, solche mit niedriger Schulbildung nur zu 34 Prozent. Kinder aus Haushalten mit niedrigem sozialem Status sind zu 32 Prozent kerngesund, in Familien mit hohem Status liegt der Anteil zehn Prozentpunkte höher. ◀

Wie Schulden entstehen

Die Hauptursachen für Überschuldung sind...



* der Überschuldungsfälle 2007
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007
© Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland, Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf vom 19. Mai 2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Die Tücken der Statistik: Wie viele Arme gibt es?

Die Armutsquote in Deutschland liege bei 13 Prozent, meldete die Bundesregierung. An anderer Stelle des Entwurfs zum neuen Armuts- und Reichtumsbericht wird die Quote jedoch mit 18 Prozent angegeben. Beide Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2005. Und beide Statistiken benutzen dieselbe Armutsdefinition. Welche Armutsquote ist nun die „richtige“? Namhafte Sozialwissenschaftler haben Einwände gegen die Schwerpunktsetzung des Berichtsentwurfs.

Die unterschiedlichen Werte ergeben sich aus verschiedenen Datensätzen. Die mit 13 Prozent niedrigere Armutsquote stammt aus der von den Statistikämtern aller EU-Staaten zusammengestellten Datenbasis **EU-SILC** (European Union Statistics on Income and Living Conditions). Die höhere Armutsquote von 18 Prozent resultiert aus dem Sozio-oekonomischen Panel (**SOEP**) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die EU-SILC-Daten werden seit 2005 erhoben, um Ländervergleiche zu ermöglichen. Das SOEP liefert hingegen bereits seit 1984 Auskunft über Einkommens- und Lebensverhältnisse in Deutschland. Daher bildet es historische Entwicklungen ab – ist laut Arbeitsministerium aber weniger für internationale Vergleiche geeignet.

Den Bezugspunkt der Armutsgrenze bildet das mittlere Einkommen. Und das fällt in den beiden Stichproben unterschiedlich aus: Laut EU-SILC beträgt es rund 15.600 Euro pro Person, dem SOEP zufolge jedoch fast 17.600 Euro. WSI-Ökonom Claus Schäfer erläutert einen Grund für den Unterschied: Im Gegensatz zum SOEP vernachlässigt EU-SILC den Einkommensvorteil aus selbst genutztem Wohneigentum. So erscheint ein Teil der Bevölkerung im mittleren Einkommenssegment weniger wohlhabend, als er tatsächlich ist. Dadurch sinken der Mittelwert und die daraus abgeleitete Armutsschwelle – und mit ihr die Zahl der statistisch Armen.

Weitere Schwächen der EU-SILC-Daten nennt der Wirtschaftsprofessor Richard Hauser.* So handele es sich nicht um eine korrekte Zufallsauswahl. Zudem würden in Deutschland die Haushalte nicht in einem persönlichen Interview befragt, sondern bekommen nur Fragebögen mit der Post zugeschickt. Dieses Verfahren dürfte gerade Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen und niedrigem Bildungsstand von einer Teilnahme abhalten, vermutet Hauser. **Personen am unteren Ende der Einkommensskala und weniger integrierte Ausländer seien daher in der Stichprobe unterrepräsentiert.**

Hauser sieht seine Thesen auch durch einen Vergleich mit dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes bestätigt. Eine Gegenüberstellung der Zahlen deute daraufhin, dass EU-SILC die deutsche Sozialstruktur nur unzureichend abbilde. Beispielsweise unterschätze die neue EU-Statistik die Zahl der kleinen Kinder, die Zahl der Personen mit niedriger Bildung und die Zahl der Erwerbstätigen.

*Richard Hauser: Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft, Working Paper No. 3 des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten, November 2007

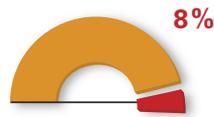
Erheblicher Investitionsbedarf

Weil das deutsche Bildungswesen zu viele Menschen nicht ausreichend fördert, sind besondere Anstrengungen nötig. Eine Studie listet auf, wie viel Investitionsbedarf besteht – von der Vorschule bis zur Weiterbildung.

Egal, ob das Leistungsvermögen von Schülern untersucht wird oder die Angebote an Weiterbildungskursen: Bei internationalen Vergleichen schneidet das deutsche Bildungswesen stets mittelmäßig ab. „Es gibt ausreichend Hinweise, dass die bestehende öffentliche Finanzierung von Bildung nicht zu einem optimalen Ergebnis führt“, schreibt der Bildungsforscher Roman Jaich. Dennoch kommt es bislang nur in vereinzelten Ansätzen zu mehr Investitionen, etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung. Jaich hat in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung ausgerechnet, wie hoch der finanzielle Bedarf für eine dauerhafte Verbesserung in allen Segmenten des Bildungswesens ist.* Der Ökonom vom European Institute for Globalisation Research kalkuliert einen zusätzlichen Bedarf von 29,4 Milliarden Euro pro Jahr – für die laufenden Ausgaben. Einmalige Kosten wie etwa für neue Schulgebäude sind dabei noch ausgeklammert.

Die privaten und öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland beliefen sich 2006 auf 142,9 Milliarden Euro, das entspricht knapp sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Jaich kommt in seiner Studie auf einen so umfangreichen Investitionsbedarf, weil derzeit gleich zwei große Aufgaben zu bewältigen sind. Zum einen geht es darum, die

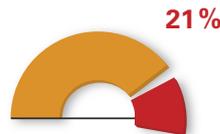
Zu viele ohne Abschluss



... der Absolventen allgemeinbildender Schulen gehen ohne Abschluss



... der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien haben keinen Schulabschluss



... der Studienanfänger 1999–2001 verlassen die Hochschule ohne Abschluss

Quelle: HIS 2008; Jaich 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

öffentliche Kinderbetreuung auszubauen und die allgemeinbildenden Schulen zu verbessern. Jaich ermittelt den Finanzbedarf für folgendes Szenario: 60 Prozent der Kinder bis sechs Jahren erhalten eine Ganztagsbetreuung, die Erzieher können sich intensiver kümmern als bisher, jeder fünfte der Beschäftigten in den Kindertagesstätten ist Akademiker. Außerdem übernimmt der Staat die Elternbeiträge, damit eine vorschulische Betreuung nicht am Geld scheitert.

Zugleich sei das Gemeinwesen auch gefordert, Mittel für das Nachholen von Schulabschlüssen zu stellen. Derzeit haben etwa acht Prozent der Schulabgänger keinen Abschluss vorzuweisen und gehen dann auch meist beim Rennen um die beruflichen Ausbildungsplätze leer aus. Besonders für die

Kinder von Migranten stehen die Chancen schlecht. Da die Betriebe zudem immer weniger ausbilden, kalkuliert Jaich auch Kosten für mehr Berufsausbildungen in Vollzeitschulen ein.

Der Betrag von zusätzlich 29,4 Milliarden Euro pro Jahr könne indes mittel- bis langfristig wieder sinken, weil sich frühe Investitionen während der ganzen Bildungslaufbahn auszahlen: Wenn eine qualitativ hochwertige Bildung in Kindertagesstätten und in der Schule garantiert sei, dann müsse der Staat auch weniger für die späteren Bildungsabschnitte ausgeben. ◀

Das Bildungswesen – ein unterfinanziertes System

Diese Bildungssektoren benötigen zusätzlich jährlich:



1. Vorschule

- 2,80 Mrd. € für den Ausbau der Betreuung von Kindern bis drei Jahren
- 0,82 Mrd. € für die Ganztagsbetreuung der drei- bis sechsjährigen Kinder
- 2,68 Mrd. € für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und Qualifizierung
- 2,61 Mrd. € – wenn der Staat Elternbeiträge übernimmt

Milliarden Euro

8,91 ↑



2. Allgemeinbildende Schulen

- 3,80 Mrd. € für den Ausbau von Ganztagsschulplätzen
- 0,16 Mrd. € jährlich für die Weiterbildung der Beschäftigten
- 0,75 Mrd. € für mehr öffentliche Verantwortung für private Unterrichtshilfen
- 0,24 Mrd. € für öffentlich gestellte Unterrichtsmaterialien

4,95 ↑

3. Berufsbildung

- 0,67 Mrd. € für die Ausweitung beruflicher Ausbildungsplätze in Vollzeitschulen

0,67 ↑

4. Hochschulen

- 5,68 Mrd. € für wissenschaftliches Personal und weitere Ausgaben
- 0,50 Mrd. € für Verbesserung des BAföG

6,18 ↑



5. Weiterbildung

- 2,53 Mrd. € für betriebliche Weiterbildung (Staat als Arbeitgeber)
- 0,10 Mrd. € für die Förderung der individuellen beruflichen Weiterbildung
- 6,00 Mrd. € für Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten von Erwerbslosen
- 0,09 Mrd. € für eine Beratungsstruktur zur Qualifizierung

8,72 ↑

Quelle: Jaich 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

*Quelle: Roman Jaich: Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, erscheint in Kürze
Download unter
www.boecklerimpuls.de

Sicherer Job, hohe Lebenserwartung

Wer in bescheideneren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen lebt, stirbt im Durchschnitt früher als besser Gestellte. Das belegt eine Studie nun erstmalig auf einer sehr breiten Datenbasis für Männer.* Die längste Lebenserwartung haben Beamte im höheren Dienst.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. 65-jährige Männer haben beispielsweise im Durchschnitt rund 16 weitere Jahre vor sich, Tendenz bislang steigend. Doch jenseits des statistischen Mittels sind die Chancen, den 80. Geburtstag zu erleben, unterschiedlich verteilt: **Männer, die ein höheres Lebensarbeitseinkommen hatten und daher höhere Bezüge aus der Altersversorgung erhalten, leben um bis zu fünf Jahre länger als Männer mit niedrigerem Einkommen.** Das zeigt eine Studie von Wissenschaftlern des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) in Berlin und des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels.

Die Wissenschaftler nutzten anonymisierte Datensätze der Deutschen Rentenversicherung und des Statistischen Bundesamtes. Ihre Untersuchung beschränkt sich auf Männer. Grund: Ältere Frauen, vor allem in den alten Bundesländern, waren kaum langjährig erwerbstätig, weshalb ihre Arbeitseinkünfte und ihre Sterblichkeiten keinen aussagekräftigen Zusammenhang aufweisen. Die Differenzen bei der ferneren Lebenserwartung sind deutlich. Bei 65-jährigen Männern reicht die Spanne von 14,6 Jahren unter Rentnern mit geringerem Einkommen bis zu 19,6 Jahren bei pensionierten Beamten des höheren Dienstes. Insgesamt leben Pensionäre im Durchschnitt zwei Jahre länger als Rentner.

Die Forscher führen die soziale Ungleichheit bei der Lebenserwartung, die auch in anderen europäischen Ländern beobachtet wird, auf verschiedene Ursachen zurück. So haben Personen mit höherem Lebensarbeitseinkommen oder höherer Laufbahn eher in Berufen gearbeitet, die körperlich nicht so stark belasten. Sie hatten auch seltener mit existenziellen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, was sich wiederum positiv auf Lebenszufriedenheit und Gesundheitsbewusstsein auswirke. Beispielsweise setzten sich Menschen, „deren Lebensstandard dauerhaft gesichert ist, eher mit einer gesunden Lebensführung auseinander und nutzen (Weiter-) Bildungsangebote stärker als Personen, deren vordringlichstes Problem etwa drohende Arbeitslosigkeit oder die Zahlung der nächsten Miete ist“, schreiben die Wissenschaftler. Zudem hätten besser gestellte Personen eher das notwendige Geld, um zusätzliche Gesundheits- und Altersvorsorgeprodukte zu finanzieren.

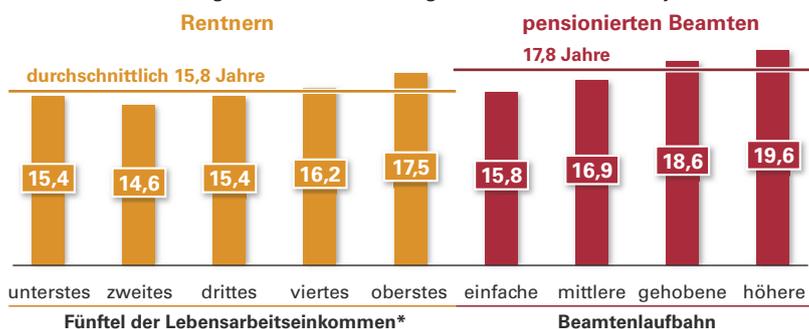
Diese positiven Einflüsse wirken sich nach der Analyse unter Beamten und Pensionären besonders stark aus. „Hohe Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit“ ermöglichten einen „planbaren Lebensverlauf“, der grundsätzlich gesundheitsförderlich wirke. Darüber hinaus sehen die Wissen-

schaftler aber noch zwei weitere Faktoren: Die bei Beamten wie Pensionären verbreitete private Krankenversicherung verbessere die medizinische Versorgung. Auf der anderen Seite beeinflusse auch die obligatorische Gesundheitsprüfung vor der Übernahme ins Beamtenverhältnis die statistische Lebenserwartung: So gelangen von vornherein nur tendenziell gesündere Bewerber in den Staatsdienst.

Dass die Unterschiede zwischen pensionierten Beamten größer ausfallen als unter Rentnern, erklären die Forscher mit der geringeren Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen. So sei eine akademische Ausbildung Voraussetzung für den Zugang zum höheren Dienst. Anders bei gesetzlich Rentenversicherten: Hier finden sich in der Gruppe mit relativ hohem Lebensarbeitseinkommen beispielsweise auch Akkordarbeiter, die jahrelang eine körperlich belastende Arbeit geleistet haben.

Beruf und Einkommen entscheiden

Die Lebenserwartung von Männern beträgt nach dem 65. Lebensjahr bei...



*Abschätzung der Lebensarbeitseinkommen von Männern auf Basis von Rentenentgeltpunkt-Quintilen; die Angabe für das unterste Fünftel ist dadurch verfälscht, dass hier auch Männer einbezogen sind, die in ihrem Leben höhere Einkünfte außerhalb der Rentenversicherung erzielt haben und zusätzlich eine kleine Rente beziehen (Selbstständige, Beamte, Freiberufler).
Quelle: Himmelreicher u.a. 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Allein zwischen 1999 und 2003 hat sich die Lebenserwartung 65-jähriger Männer um rund drei Monate erhöht, zeigen die Daten. Die Lücke zwischen den Lebenserwartungen verschiedener Einkommens- und Laufbahngruppen hat sich kaum verkleinert. **Künftig dürften die Differenzen durch hohe Arbeitslosigkeit und Einschränkungen bei der gesetzlichen Alterssicherung und im Gesundheitswesen sogar eher größer werden**, so die Forscher. In Deutschland gebe es bislang keine „umfassende politische Strategie“, um dem Problem zu begegnen, dass Menschen in schlechteren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Verhältnis früher sterben. Damit liege die Bundesrepublik gegenüber anderen westeuropäischen Ländern zurück. ◀

* Quelle: Ralf K. Himmelreicher, Daniela Sewöster, Rembrandt Scholz, Anne Schulz: Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 5/2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Junge Europäer schnell in neuem Job
 Eine neue Stelle angenommen haben ...



15- bis 24-Jährige	17,8%
25- bis 54-Jährige	4,0%
über 55-Jährige	1,7%

Arbeitsbeginn vor höchstens drei Monaten, Stand 4. Quartal 2007 Eurostat, Mai 2008

BILDUNG

Stadtstaaten ziehen Studenten an
 Zu- und Abwanderungen von Studierenden

Berlin	+ 27.600 ↑
Hamburg	+ 18.300 ↑
Niedersachsen	- 27.300 ↓

Wintersemester 2006/2007 Statistisches Bundesamt, Mai 2008

GENDER

In Deutschland viele Frauen in Teilzeit
 Anteil der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit

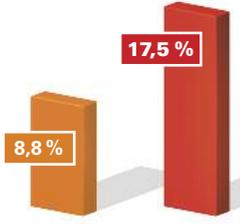


EU-27	31,1%
Deutschland	45,2%

4. Quartal 2007 Eurostat 2008

GESUNDHEIT

Ärzte kommen ins Alter
 Anteil der niedergelassenen Ärzte über 60 Jahren

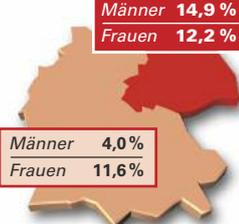


1993	8,8%
2007	17,5%

Bundesarztregister 2008

EINKOMMEN

Mindestlohn würde im Osten wirken
 Unter 7,50 Euro brutto pro Stunde arbeiten ...



Männer	14,9%
Frauen	12,2%
Männer	4,0%
Frauen	11,6%

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Mai 2008

ARBEITSWELT

Stress ist die Regel
 Zur Aussage „Meine Arbeit ist zu anstrengend“, meinen ...

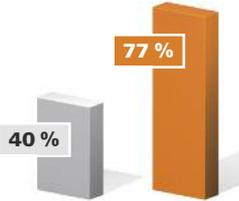


Trifft zu	39%
Unterschiedlich	22%
Trifft nicht zu	38%

Anteil der Beschäftigten Eurobarometer 2007

MITBESTIMMUNG

Finanzdienstleister stark vertreten
 Betriebsräte in Banken und Versicherungen erfassen ...



der Betriebe	40%
der Beschäftigten	77%

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2006

ZUFRIEDENHEIT

Viele spüren Aufschwung nicht
 „Ich profitiere nicht vom Wirtschaftsaufschwung“, sagen ...



2008	88%
2006	82%

1.000 befragte Bundesbürger Emnid, Mai 2008

► **ARBEITSMARKT:** Freie Stellen werden wieder öfter in Zeitungen ausgeschrieben. Jede vierte Neueinstellung kam 2007 so zustande. 2004, als die Wirtschaft nur einen geringen Arbeitskräftebedarf hatte, war es nur jede fünfte. Dies meldet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Ein gutes Viertel der Neueinstellungen geht auf persönliche Kontakte zurück, je-

weils etwa 12 Prozent auf Kontakte zur Arbeitsagentur und Online-Stellenbörsen, 13 Prozent auf Initiativbewerbungen. Interne Ausschreibungen und Inserate Arbeitssuchender spielen mit 1 und 2 Prozent kaum eine Rolle. Insgesamt begannen 2007 7,8 Millionen Menschen einen neuen sozialversicherungspflichtigen Job in Deutschland. IAB, Mai 2008

► **BILDUNG:** Ob Studierende einen Teil der Ausbildung im Ausland verbringen können, hängt von ihrem Geldbeutel ab. Das verdeutlicht eine Sonderauswertung der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW). Wer aus einer einkommensstarken Akademikerfamilie stammt, geht doppelt so häufig ins Ausland wie andere Studierende. Von allen 2006 an Hochschu-

len in Deutschland eingeschriebenen Studierenden hatten 16 Prozent einen Teil der Ausbildung im Ausland absolviert. Die Erhebung des DSW belegt auch die Schwierigkeiten ausländischer Studierender an den Unis. Viele klagen über Orientierungsprobleme und mangelnden Kontakt zu Deutschen. Deutsches Studentenwerk 2008